Anja Gräbitz

Das Werk als Nutzungsobjekt in den Schranken für Lehre, Forschung und Bibliotheken (§§ 60a, 60c, 60e UrhG)

Implications of German copyright law's new exception provisions for teaching, research and library institutions

<https://doi.org/10.1515/bd-2020-0057>

Abstract: Dieser Artikel behandelt die neu geschaffenen Schranken für Lehre, Forschung und Bibliotheken (§§ 60a, 60c, 60e UrhG), welche die Nutzung eines urheberrechtlich geschützten Werks in unterschiedlichem Umfang erlauben. Für die einzelnen Schrankenregelungen werden jeweils deren Tatbestände, Erweiterungen und gegebenenfalls die entsprechenden Bereichsausnahmen ausführlich dargestellt. Dabei wird an den entsprechenden Stellen auf die praktischen Probleme bei der Anwendung der Schrankenbestimmungen näher eingegangen.

Schlüsselwörter: Urheberrecht, Schranken, Umfang, Prozent

Abstract: The article addresses the new limitation and exceptions provisions for teaching, research and library institutions under the German copyright law (§§ 60a, 60c, 60e UrhG), permitting the use of a copyright work in these contexts to varying degrees. The exception provisions are described in detail, including extended cases and contexts, and exceptions. Practical problems in implementing and applying the provisions are scrutinised.

Keywords: German copyright law, statutory exceptions, degree, percentage

I Einleitung

Das Gesetz zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (UrhWissG)¹ ist am 1. März 2018 in Kraft getreten. Im Rahmen dessen wurden die Schranken des Urheberrechts im 6. Abschnitt neu gegliedert und regeln nun in einem eigenen Unterabschnitt sechs gesetzliche Erlaubnistatbestände für Unterricht und Lehre (§ 60a UrhG), Unterrichts- und Lehrmedien (§ 60b UrhG), Wissenschaftliche Forschung (§ 60c UrhG), Text und Data Mining (§ 60d UrhG), Bibliotheken (§ 60e UrhG) und Archive, Museen und Bildungseinrichtungen (§ 60f UrhG). Der vorliegende Artikel untersucht – in einer Auswahl – die neu geschaffenen Schranken für Lehre, Forschung und Bibliotheken (§§ 60a, 60c, 60e UrhG). Diese erlauben die Nutzung eines urheberrechtlich geschützten Werks in unterschiedlichem Umfang. So können je nach Schrankenregelung 10, 15, 75 oder 100 Prozent eines Werks unter unterschiedlichen Voraussetzungen genutzt werden. Doch was bedeuten diese Prozentangaben eigentlich in der praktischen Anwendung?

II § 60a UrhG

§ 60a Abs. 1 UrhG regelt die allgemeinen Voraussetzungen für Werknutzungen an Bildungseinrichtungen. Diese Regelung wurde durch das UrhWissG neu eingeführt.² § 60a Abs. 1 UrhG fasst Nutzungsbefugnisse aus den bisherigen §§ 52a Abs. 1 Nr. 1, 53 Abs. 3 UrhG a.F. zusammen und erweitert den Umfang der gesetzlich erlaubten Nutzung.³

1 Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz v. 01.09.2017, BGBl. I 3346 f. Zur Vorgeschichte des UrhWissG siehe z.B.: Berger, Christian: Urheberrecht in der Wissensgesellschaft. In: Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (GRUR) 10 (2017), S. 953–964; de la Durantaye, Katharina: Neues Urheberrecht für Bildung und Wissenschaft – eine kritische Würdigung des Gesetzentwurfes. In: GRUR 10 (2017), S. 558–567; Kühlen, Rainer: UrhWissg – das neue Wissenschaftsurheberrecht bleibt regulierungstechnisch überspezifisch problematisch. In: Information – Wissenschaft & Praxis 68 (2017), H 4, S. 227–245; Obergfell, Eva Inés: Studieren in der Wissensgesellschaft: Urheberrecht contra Studium und Lehre. In: Zeitschrift für geistiges Eigentum (ZGE) 10 (2018), H 3, S. 261–272; Schack, Haimo: Das neue UrhWissg: Schranken für Unterricht, Wissenschaft und Institutionen. In: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht (ZUM) 61 (2017), H 11, S. 802–809.

2 Zur Entstehungsgeschichte siehe zum Beispiel im Möhring/Nicolini: Urheberrecht. 4. Aufl. München 2018, § 60a Rn. 2.

3 Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch: Urheberrecht. 4. Aufl. Heidelberg 2018, § 60a Rn. 4. Für den Hintergrund zur allgemeinen Bildungs- und Wissenschaftsschranke empfehlenswert: de la Durantaye, Katharina: Allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke. Münster 2014 und

1 Tatbestand des § 60a Abs. 1 UrhG

Die Regelung des § 60a UrhG fasst für alle Bildungseinrichtungen die Erlaubnis für die Vervielfältigung (§§ 15 Abs. 1, 16 UrhG), die Verbreitung (§§ 15 Abs. 1 Nr. 2, 17 UrhG), die öffentliche Zugänglichmachung (§§ 15 Abs. 2 Nr. 2, 19a UrhG) und die öffentliche Wiedergabe in sonstiger Weise (in unkörperlicher Form, §§ 15 Abs. 2, 19 ff. UrhG) zusammen.⁴ Dabei sind die privilegierten Nutzungshandlungen zweckgebunden⁵ und dürfen nur zur Veranschaulichung des Unterrichts und der Lehre an Bildungseinrichtungen erfolgen.

Der Schrankenregelung liegt ein weit gefasster Unterrichtsbegriff zugrunde, der bewusst zukunftsfest formuliert worden ist und moderne Lernformen, wie Fernunterricht, einschließlich aktuell noch nicht bekannter unkörperlicher Wiedergaben erfasst.⁶ Die zulässige Werknutzung umfasst jedoch nicht nur die Nutzung im Unterricht, wie das insoweit die engere Vorgängervorschrift § 52a Abs. 1 Nr. 1 a.F. UrhG⁷ vorsah. Der Wortlaut der Schrankenregelung spricht nun bewusst von einer Veranschaulichung des Unterrichts und meint damit auch die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zum Beispiel durch Schüler oder Studenten.⁸ Der Unterricht beziehungsweise die Lehre⁹ hat an Bildungseinrichtungen zu erfolgen. Dies sind nach der Legaldefinition in § 60a Abs. 4 UrhG früh-

Kuhlen, Rainer: Wie umfassend soll/darf/muss sie sein, die allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke? In: ZGE 7 (2015), H. 1, S. 77–125.

⁴ Fromm/Nordemann: Urheberrecht. 12. Aufl. Stuttgart 2018, § 60a, Rn. 3; Wandtke/Bullinger-Lüft, Urheberrecht. 5. Aufl. München 2019, § 60a Rn. 9.

⁵ Die Zweckgebundenheit folgt daraus, dass Art. 5 Abs. 3 lit a InfoSoc-RL eine Beschränkung des Rechts der öffentlichen Zugänglichmachung „ausschließlich“ zur Veranschaulichung im Unterricht gestattet (BGH, GRUR 2014, 549 [Rn. 32] – „Meilensteine der Psychologie“).

⁶ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn 18; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 5. Beispielhaft wurden vom Gesetzgeber MOOCS (Massive Open Online Courses) genannt (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 36). Bei diesen Online-Kursen auf Universitätsniveau und mit hoher Teilnehmerzahl werden traditionelle Formen der Wissensvermittlung mit dem Angebot eines Online-Forums verbunden. Auf diese Weise können Studenten und Lehrende miteinander kommunizieren und hierfür zum Beispiel Gruppen bilden. (Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 5). Zudem hat der Gesetzgeber elektronisch gestütztes Lernen (E-Learning) sowie Fernunterricht über das Internet (Distance-Learning) explizit als von der Regelung umfasste Nutzungsformen benannt (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 36).

⁷ Bisher enthielt § 52a Abs. 1 Nr. 1 UrhG a.F. die Voraussetzung der Veranschaulichung im Unterricht.

⁸ Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 6; Berger, wie Anm. 1, S. 960.

⁹ Der Begriff der Lehre erfasst nach der Gesetzesbegründung Lehrveranstaltungen an Universitäten, Fachhochschulen und sonstigen Hochschulen, wie zum Beispiel Seminare und Vorlesungen (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 36).

kindliche Bildungseinrichtungen, Schulen, Hochschulen sowie Einrichtungen der Berufsbildung oder der sonstigen Aus- und Weiterbildung.¹⁰

Die Regelung benennt lediglich die konkrete Verwendung an einer Institution (Bildungseinrichtungen). Sie konkretisiert jedoch nicht, in welchem Verhältnis die Person zu der Institution stehen muss, welche die urheberrechtlich relevanten Handlungen vornimmt.¹¹ Im Gesetzesentwurf kam zum Ausdruck, dass Lehrpersonal, Schüler, Studenten, aber auch Mitarbeiter einer Bibliothek zum Adressatenkreis der Regelung zählen.¹² Die Frage ist jedoch, wie weit der Personenkreis im Zweifelsfall reicht und ob sich auch der Einrichtung auf andere Weise nahestehende Personen auf die Schranke berufen können.¹³

Weiterhin ist die Nutzung nur für nicht-kommerzielle Zwecke erlaubt.¹⁴ Dabei ist nicht auf die Zweckbestimmung der Einrichtung, sondern auf den mit der Werknutzung verfolgten Zweck abzustellen. Danach können sich auch Privatschulen auf § 60a UrhG berufen, nicht aber Einrichtungen, die mit dem Unterricht Erträge erwirtschaften wollen.¹⁵ Diese vom Gesetzgeber ausgesprochene Trennlinie dürfte in Einzelfällen jedoch schwer zu ziehen und zudem nicht immer sachgerecht sein.¹⁶ So weist unter anderem *Hoeren* darauf hin, dass es noch geklärt werden müsste, ob von dieser Regelung zum Beispiel auch private Anbieter von Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gedeckt sind.¹⁷ Auch *Berger* hat bereits darauf hingewiesen, dass auch öffentlich finanzierte Hochschulen für das zunehmend Verbreitung findende Angebot an Zertifikatskursen aus der Schran-

10 Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60a Rn. 5. Der Begriff der Bildungseinrichtung ist jedoch nicht so eindeutig wie er klingt (Hoeren, Thomas: Das Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz. In: Zeitschrift für internationales Wirtschaftsrecht (IWRZ) 3 (2018), S. 120–125, hier: S. 122). Unterschiedliche Vertreter der Literatur haben diesbezüglich bereits angemerkt, dass die Legaldefinition des § 60a Abs. 4 zu eng gefasst ist (siehe dazu z. B.: Pflüger, Thomas; Hinte, Oliver: Das Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz aus Sicht von Hochschulen und Bibliotheken. In: ZUM 62 (2018), H. 3, S. 153–162, hier: S. 157).

11 Zu den Schwierigkeiten der diesbezüglichen Abgrenzung siehe unter anderem bei: Berger, wie Anm. 1, S. 959 f.

12 RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 36 f.

13 Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 8.

14 Nicht kommerziell beruht auf Art. 5 Abs. 3 lit. c und Abs. 3 lit. a der Richtlinie 2001/29/EG vom 22.05.2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft (Infosoc-Richtlinie – 2001/29/EG).

15 RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 35; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 10; Wandtke/Bullinger-Lüft, wie Anm. 4, § 60a Rn. 10.

16 In der Gesetzesbegründung sind zum Beispiel kommerzielle private Sprachinstitute benannt, für welche die gesetzliche Erlaubnis nicht gelten soll. (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 36.)

17 Hoeren, wie Anm. 10, S. 122.

kenregelung fallen würden, soweit sich sie sich als auf Gewinnerzielung gerichteten Unterricht darstellen.¹⁸

Weiterhin dürfen gemäß § 60a Abs. 1 UrhG nur veröffentlichte Werke genutzt werden. Nach der Legaldefinition des § 6 Abs. 1 UrhG ist ein Werk veröffentlicht, wenn es mit der Zustimmung des Berechtigten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Hierfür muss theoretisch jedermann davon Kenntnis nehmen können.¹⁹ Die Zugänglichmachung muss den Zweck haben, den Lehrstoff besser und verständlicher darzustellen und leichter erfassbar zu machen oder den im Unterricht behandelten Lehrstoff zu vertiefen oder zu ergänzen. Die Zugänglichmachung darf nicht nur Zwecken der schulinternen Verwaltung oder Dekoration dienen.²⁰

a) Nutzungsumfang

Statt der bisher in § 52a Abs. 1 Nr. 1, § 53 Abs. 3 UrhG zugelassenen „kleinen Teile eines Werkes“ können nun einheitlich bis zu 15 Prozent eines veröffentlichten Werks vervielfältigt, verbreitet, öffentlich zugänglich gemacht und in sonstiger Weise öffentlich wiedergegeben werden. Der konkrete Prozentsatz orientiert sich an den Maßstäben der Gesamtverträge zwischen Verwertungsgesellschaften und Nutzern.²¹ Gleichwohl war der konkrete Prozentsatz bis zuletzt Gegenstand umfangreicher Diskussionen.²²

In der Praxis könnte diese Regelung jedoch zu erheblichen Schwierigkeiten führen. So wiesen *Würtenberger/Freischem* bereits darauf hin, dass die für eine Plagiatskontrolle von Prüfungsarbeiten notwendige umfangreichere Nutzung des Ausgangs- beziehungsweise Vergleichswerks zum Zweck des automatisierten Vergleichs durch die neue Regelung ausgehebelt ist.²³ Bei der praktischen Anwendung der Schrankenregelung des § 60a Abs. 1 UrhG geht es jedoch nicht

¹⁸ Berger, wie Anm. 1, S. 959 f.

¹⁹ Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 6, Rn. 10.

²⁰ Siehe zu § 52a UrhG: BGH, GRUR 2014, 549 (Rn. 32/37) – „*Meilensteine der Psychologie*“. Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60a Rn. 4.

²¹ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 7; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 11.

²² Siehe dazu unter anderem: Würtenberger, Gert; Freischem, Stefan: Stellungnahme zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Angleichung des Urheberrechts an die aktuellen Erfordernisse der Wissensgesellschaft (UrhWissG) und zum Verleih von E-Books durch Bibliotheken (sog. „E-Lending“). In: GRUR 6 (2017), S. 594–600.

²³ Würtenberger/Freischem, wie Anm. 22, S. 595.

nur um die Frage der Feststellung der Schutzvoraussetzungen des Werks, sondern vor allem um die Auslegung des Werkbegriffs unter den Bedingungen der in den Schrankenregelungen der §§ 60a–f UrhG festgelegten Prozentsätze. Im Rahmen der praktischen Anwendung ergibt sich deswegen zunächst die Frage, worauf sich die festen Prozentsätze beziehen, auf das Werk als Ganzes oder auf dessen Teile? *Hoeren* und *Schack* warfen diesbezüglich die Frage auf, ob die Titelseite, das Inhaltsverzeichnis, Fußnoten oder auch Leerseiten eines Buches mit eingerechnet werden müssen?²⁴ Insbesondere in Bezug auf die von *Hoeren* und *Schack* aufgeworfene Frage bietet sich in Anlehnung an *Dreier*²⁵ eine differenzierte Lösung an, bei der zwischen unterschiedlichen Formen der Urheberschaft, der Alleinurheberschaft, der Miturheberschaft, der Werkverbindung und Sammelwerken unterschieden wird.

Bei Werken mit Alleinurheberschaft, wie zum Beispiel Lehrbüchern, Dissertationen, Habilitationen oder auch Bachelor- und Masterarbeiten, ist die Bezugsgröße, in Anlehnung an die entsprechende Entscheidung des Bundesgerichtshofs zu § 52a UrhG a.F.²⁶ der Gesamtumfang des Werks einschließlich Inhaltsverzeichnis, Vorwort, Einleitung, Literaturverzeichnis und Namens- sowie Sachregister. Dies gilt ebenfalls für Werke, die in Miturheberschaft entstanden sind, denn typisches Merkmal der Miturheberschaft ist ja, dass sich die Anteile der Miturheber nicht gesondert verwerten lassen (§ 8 Abs. 1 UrhG). So können dann zum Beispiel von einer Dissertation mit ca. 300 Seiten Umfang im Rahmen der 15 Prozent-Regelung des § 60a Abs. 1 UrhG bis zu 45 Seiten vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich zugänglich gemacht werden.

Bei verbundenen Werken nach § 9 UrhG ist der Anteil eines Urhebers an seinem Werk wiederum anders zu beurteilen. Hier sind die einzelnen Werke der am Werk beteiligten Urheber, wie zum Beispiel der Urheber des Librettos und der Komponist der Melodie, die zusammen eine Oper ergeben, Gegenstand der Nutzung, weil hier jeder Beitrag als Werk separat verwertet werden kann. Für die Nutzung der Oper in einer Bildungseinrichtung ist dann die separate Werkexistenz von Bedeutung. Im Fall der Werkverbindung ist der Anknüpfungspunkt für den festen Prozentsatz jeweils das selbständige Werk, also entweder das Libretto oder die Komposition und nicht die Oper als Werkverbindung. Von diesen selbständigen Werken können dann je bis zu 15 Prozent genutzt werden.

Bei Sammelwerken nach § 4 UrhG, wie zum Beispiel Zeitschriften oder Festschriften, die von der Gesetzesbegründung nicht gesondert angesprochen

²⁴ Hoeren, wie Anm. 10, S. 122; Schack, wie Anm. 1, S. 804.

²⁵ Dreier/Schulze: Urheberrechtsgesetz. 6. Aufl. München 2018, § 63a Rn. 8.

²⁶ BGH, GRUR 2014, 549 Rn. 24 ff. – „Meilensteine der Psychologie“.

wurden, ist ebenfalls der jeweils einzelne Beitrag des jeweiligen Urhebers der Bezugspunkt, der dann auch nach § 60a Abs. 2 UrhG gegebenenfalls vollständig genutzt werden kann.²⁷ Dies gilt jedenfalls dann, wenn das Sammelwerk selbst hinsichtlich Auswahl und Anordnung der Beiträge keine hinreichende Originalität für einen Schutz gem. § 4 Abs. 1 UrhG aufweist.²⁸

Jedoch ist die Bewertung eines Werks als einheitliches, beziehungsweise in sich geschlossenes Werk in der Praxis nicht immer ganz einfach.²⁹ Als gutes Beispiel zur Veranschaulichung dieser Problematik eignen sich juristische Kommentare. Betrachtet man diese als in Miturheberschaft entstandene Werke nach § 8 Abs. 1 UrhG, bei denen sich die Anteile der Miturheber nicht gesondert verwerthen lassen, so könnten dann zum Beispiel vom Kommentar zum Urheberrecht von *Fromm/Nordemann* mit einem Umfang von ca. 3.000 Seiten unter Zugrundelegung der 15 Prozent-Regel des § 60a Abs. 1 UrhG 450 Seiten vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich zugänglich gemacht werden. Noch gravierender wäre das Ergebnis im Fall von mehrbändigen Werken. So besteht zum Beispiel das von *Wandtke* herausgegebene Praxishandbuch Medienrecht aus 5 Bänden. Diese 5 Bände haben in der aktuellen dritten Auflage zusammen einen Umfang von ca. 2.700 Seiten. Wenn man dieses ebenfalls als ein Werk im Sinne des § 8 Abs. 1 UrhG betrachten würde, könnte im Rahmen der 15 Prozent-Regelung sowohl der komplette erste Band als auch der 5. Band vollständig vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich zugänglich gemacht werden.

Schrankenregelungen sind als Ausnahmeregelungen jedoch grundsätzlich eng auszulegen.³⁰ Dies beruht auf dem Grundsatz, dass der Urheber an der wirtschaftlichen Nutzung seiner Werke angemessen zu beteiligen ist, da es sich um einen Eingriff in sein Eigentum handelt. Deshalb darf keine übermäßige Beschrän-

27 Berger, wie Anm. 1, S. 960; Wandtke, Artur-Axel: Werkbegriff im Urheberrechts-Wissenschafts-Gesetz. In: Neue Juristische Wochenschrift (NJW) 71 (2018), H. 16, S. 1129–1135, hier: S. 1131.

28 Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 60a, Rn. 8.

29 Hoeren, wie Anm. 10, S. 125; Wandtke, Artur-Axel: Urheberrecht in der Reform oder wphin steuert das Urheberrecht? In: Zeitschrift für IT-Recht und Recht der Digitalisierung (MMR) 6 (2017), S. 367–373, hier: S. 368.

30 BGH GRUR 1994, 800 (802) – Museumskatalog; Lettl: Urheberrecht. 3. Aufl. München 2018, § 6 Rn. 3; Lutz, Peter: Grundriss des Urheberrechts. 3. Aufl. Heidelberg 2018, S. 114. Für eine Abkehr vom Grundsatz der engen Auslegung urheberrechtlicher Schranken sprechen sich jedoch Wandtke, Axel Artur; König, Robert: Reform der urheberrechtlichen Schrankenbestimmungen zugunsten von Bildung und Wissenschaft. In: ZUM 12 (2014), S. 921–930, hier: S. 928, und Stieper, Malte: Der Trans Europa Express ist aus Luxemburg zurück – auf dem Weg zu einer Vollharmonisierung der urheberrechtlichen Schranken. In: ZUM 10 (2019), S. 713–720, hier: S. 715, aus.

kung der ihm hinsichtlich der Werkverwertung zustehenden Ausschließlichkeitsrechte erfolgen.³¹ Auch muss bei der Auslegung beachtet werden, auf welchen Zweck die jeweilige Schrankenbestimmung gerichtet ist.³² Daraus ergibt sich die Frage, ob es gerechtfertigt werden kann, die oben genannten Beispiele als Werke im Sinne des § 8 Abs. 1 UrhG zu betrachten. Dagegen spricht insbesondere die zum § 52 a UrhG a.F. ergangene Rechtsprechung. In der Entscheidung „Meilensteine der Psychologie“³³ hat der Bundesgerichtshof insbesondere bei wissenschaftlichen Lehrbüchern und juristischen Kommentaren die Ansicht vertreten, dass ohne eine feste Obergrenze die Interessen der Rechtsinhaber unangemessen benachteiligt seien, weil mit einer bloßen prozentualen Begrenzung immer noch beispielsweise ganze Bände eines mehrbändigen Geschichtswerks oder Kommentars genutzt werden könnten.³⁴ In dieser Entscheidung legte der Bundesgerichtshof fest, dass, wenn von einem Sprachwerk höchstens zwölf Prozent der Seiten des gesamten Werkes und nicht mehr als 100 Seiten zur Veranschaulichung im Unterricht an einer Hochschule öffentlich zugänglich gemacht werden, es sich dabei um im Sinne von § 52 a Abs. 1 Nr. 1 UrhG a.F. „kleine Teile“ eines Werkes handelt.³⁵ Zwar wurde im Rahmen der Neugestaltung des § 60a UrhG der Begriff der „kleinen Teile“ durch eine konkrete Prozentangabe ersetzt, jedoch bietet die vom Bundesgerichtshof festgelegte Obergrenze eine gute Argumentationsgrundlage dahingehend, dass die einzelnen selbstständigen Beiträge von verschiedenen Urhebern der festen Prozentzahl unterworfen sind und nicht das Gesamtwerk als Grundlage für die Berechnung herangezogen werden kann.

Als Lösung bietet es sich folglich an, Kommentare und auch mehrbändige Werke als verbundene Werke nach § 9 UrhG zu behandeln, da insbesondere bei Kommentaren die beteiligten Urheber bewusst gemeinsam an der Kommentierung des Gesetzestextes gearbeitet haben. Im Rahmen der praktischen Anwendung der Schrankenregelung sind folglich bei einem Kommentar die einzelnen Normkommentierungen als Beiträge und damit als einzelne Werke zu qualifizieren.³⁶ Gegebenenfalls können die einzelnen Kommentierungen, bei Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen, dann auch nach § 60a Abs. 2 UrhG als sonstige Werke geringen Umfangs vollständig genutzt werden.

Weiterhin wurde von *Berger* zu dieser Thematik die Frage aufgeworfen, wie die Rechtsprechung zukünftig mit einer Überschreitung der vom Gesetzgeber

31 BGHZ 150, 6 (8) – „*Verhüllter Reichstag*“; Lettl, wie Anm. 30, § 6 Rn. 3.

32 BGH, GRUR 1994, 800 (802) – „*Museumskatalog*“; Lettl, wie Anm. 30, § 6 Rn. 3.

33 BGH, GRUR 2014, 549 ff. – „*Meilensteine der Psychologie*“.

34 BGH, GRUR 2014, 549 (Rn. 28) – „*Meilensteine der Psychologie*“.

35 BGH, GRUR 2014, 549 (551/Rn. 24) – „*Meilensteine der Psychologie*“.

36 So auch: Wandtke, wie Anm. 27, S. 1133f.

vorgesehenen Prozentsätze umgehen wird. Insbesondere drängt sich die Frage auf, ob hierdurch die gesamte Nutzung rechtswidrig wird oder nur der überschießende Teil als unzulässig anzusehen ist.³⁷

b) Begünstigte § 60a Abs. 1 Nr. 1–3 UrhG

In § 60a Abs. 1 Nr. 1–3 UrhG sind die von der Schranke Begünstigten aufgeführt, also diejenigen Personen, zu deren Gunsten („für“ die) eine Werknutzung erlaubt ist. Der Kreis umfasst (Hochschul-) Lehrer, Schüler und Studenten, Prüfer und insbesondere für Zwecke der Unterrichts- (ergebnis-) präsentation an Bildungseinrichtungen auch Dritte. Davon zu unterscheiden sind diejenigen Personen, welche die Nutzungshandlungen vornehmen dürfen. Nach § 60a Abs. 1 Nr. 1 UrhG sind ausschließlich Lehrende und Teilnehmer desselben Kurses oder derselben Projektgruppe oder Prüfung berechtigt.³⁸ Die Regelung des § 60a Abs. 1 Nr. 2 UrhG räumt das Recht ein, Material für andere Lehrende und Prüfer an derselben Bildungseinrichtung zu kopieren. Diese können das Material dann auf Grundlage von § 60a Abs. 1 Nr. 1 benutzen.³⁹ § 60a Abs. 1 Nr. 3 UrhG sieht vor, nach § 60a Abs. 1 UrhG privilegierte Werknutzungen für unterrichts- und einrichtungsfremde Personen vorzunehmen.⁴⁰ Die Regelung setzt voraus, dass das hierfür verwendete Werk bereits für den Unterricht an der Bildungseinrichtung verwendet wurde, an oder für die der Handelnde tätig ist.⁴¹

2 Erweiterungen des § 60a Abs. 2 UrhG

§ 60a Abs. 2 UrhG erweitert den Umfang der zulässigen Werknutzungen gegenüber § 60a Abs. 1 UrhG. Er erlaubt die vollständige Nutzung von Abbildungen, einzelnen Beiträgen aus derselben Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeit-

³⁷ Berger, wie Anm. 1, S. 958.

³⁸ Das schließt aus, dass Schüler von der Privilegierung erfasste Materialien an nachfolgende Jahrgänge weitergeben dürfen (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 37).

³⁹ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 16; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 18.

⁴⁰ RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 37.

⁴¹ Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 19. Die Vorschrift will sicherstellen, dass die Unterrichtsergebnisse Dritten präsentiert werden können. Der Gesetzgeber hat als Beispiele hierfür Vorführungen für Eltern beziehungsweise einen Tag der offenen Tür genannt (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 37).

schrift, sonstigen Werken geringen Umfangs⁴² und vergriffenen Werken⁴³. Anders als die Vorgängerregelung §§ 52, 52a UrhG a.F. erwähnt die Regelung nun auch Abbildungen und umfasst somit Fotografien.⁴⁴ § 60a Abs. 2 UrhG bestimmt weiterhin, dass nach § 60a Abs. 1 UrhG für Unterricht und Lehre einzelne Beiträge aus Fachzeitschriften oder wissenschaftlichen Zeitschriften⁴⁵ genutzt werden dürfen. Allerdings gilt dies ausweislich des Gesetzestextes nur für einzelne Beiträge aus derselben Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift.⁴⁶ Darunter fallen jedoch nicht einzelne Beiträge aus Zeitungen⁴⁷ oder Publikumszeitschriften.⁴⁸ Für diese bleibt es auf der Grundlage von § 60a Abs. 1 UrhG bei einem Nutzungsumfang von bis zu 15 Prozent. Aus dieser Einschränkung auf einzelne Beiträge aus Fachzeitschriften oder wissenschaftlichen Zeitschriften ergibt sich die Frage, wie diese definiert werden und wie sich diese von den in der Regierungsbegründung genannten Beiträgen insbesondere von den Publikumszeitschriften abgrenzen lassen. Ein Blick in die aktuellen Kommentierungen zum § 60a Abs. 2 UrhG zeigt, dass diese Begriffe bisher dort nicht definiert worden sind. Stattdessen findet sich zu dieser Thematik lediglich eine Rechtfertigung der Eingren-

42 Was unter sonstigen Werken geringen Umfangs zu verstehen ist, beantwortet die Gesetzesbegründung. So können etwa ein Gedicht oder ein Liedtext vollständig genutzt werden. Weitere sonstige Werke „geringen Umfangs“ werden beispielhaft aufgezählt. Für Druckwerke soll der Umfang der zulässigen Nutzung demnach 25 Seiten betragen, für Noten sechs Seiten, für Filme fünf Minuten, für Musik fünf Minuten (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 35).

43 Vergriffene Werke sind urheberrechtlich geschützte Werke, insbesondere Schriftwerke, die nicht mehr lieferbar sind (Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60a, Rn.8; Wandtke/Bullinger-Lüft wie Anm. 4, § 60a Rn. 14). Anders als bisher in § 53 UrhG a.F. kommt es nicht darauf an, wie lange das Werk schon vergriffen ist (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 35).

44 Zur Frage, ob dieser erweiterte Nutzungsumfang auch für Kunstwerke gilt, siehe z. B. Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 21.

45 Anders als in den §§ 60a Abs. 2, 60c Abs. 3 und 60e Abs. 4 enthält § 53 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 lit. a UrhG jedoch keine Beschränkung auf Fach- und wissenschaftliche Zeitschriften. Insoweit reicht die allgemeine Privilegierung der Anfertigung von Vervielfältigungen zum sonstigen eigenen Gebrauch nach § 53 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 lit. a weiter als die speziellen Privilegierungen für Unterricht, Lehre, Forschung und Bibliotheken. Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 53 Rn. 33.

46 Im Regierungsentwurf war noch die Rede von „Artikel in Zeitungen oder Zeitschriften“ (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 35).

47 Der Begriff der Zeitschrift ist negativ von der Zeitung abzugrenzen. Als Zeitung ist dabei wie bei § 49 UrhG ein periodisch erscheinendes Nachrichtenblatt mit aktuellem Inhalt gemeint, also auch eine wöchentlich erscheinende Illustrierte oder ein Magazin, wenn sie diese Voraussetzungen erfüllen (Schricke/Loewenheim-Melichar, Urheberrecht, 5. Aufl. München 2017, § 49 Rn. 8; Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 25).

48 Zur Kritik an dieser Einschränkung siehe unter anderem bei Schack, wie Anm. 1, S. 804.

zung.⁴⁹ Die Abgrenzung wurde der Praxis zur Klärung überlassen. Jedoch gibt es auch ein Jahr nach Inkrafttreten des UrhWissG keine Leitlinien, mit denen sich Fachzeitschrift oder wissenschaftliche Zeitschrift eindeutig von Publikumszeitschriften abgrenzen lassen. Für die Praxis bedeutet dies eine weiterhin bestehende Rechtsunsicherheit.

Neben der Abgrenzung der verschiedenen Arten von Zeitschriften voneinander stellt sich beim § 60a Abs. 2 UrhG die Frage, was unter „einzelne Beiträge“ aus derselben Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift gemeint es. Unklar ist hierbei der Bezugspunkt der Fach- oder wissenschaftlichen Zeitschrift, ob es sich also um einzelne Beiträge eines einzelnen Heftes beziehungsweise Bandes der Fach- oder wissenschaftlichen Zeitschrift insgesamt handeln muss. Im ersten Fall dürften aus jedem Heft nur einzelne Beiträge zustimmungsfrei genutzt werden, im zweiten Fall könnte durchaus ein Großteil, wenn nicht gar die Gesamtheit von Beiträgen aus einem einzelnen Heft übernommen werden, solange deren Zahl auf die Gesamtheit aller Jahrgangsbände der Zeitschrift gesehen nur einzelne Beiträge ausmacht.⁵⁰

Die Einschränkung auf einzelne Beiträge im Rahmen der Schrankenregelungen ist keine neue Erfindung des UrhWissG, denn diese fand sich bereits vorher schon unter anderem in der Schrankenregelung des § 53 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 UrhG, der Vervielfältigungen zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch regelt. Sinn dieser Ausnahmegestimmung ist die Erwägung, dass es dem Nutzer nicht zuzumuten ist, ein Exemplar des gesamten Werkes zu erwerben, wenn er nur kleine Teile eines erschienenen Werkes oder einzelne Beiträge aus Zeitungen oder Zeitschriften vervielfältigen will.⁵¹ Einzelne Beiträge sind einige wenige, also durchaus auch mehrere aus einer einzelnen Zeitschrift, sofern nicht ein ganzes Heft kopiert wird.⁵² Wie vielen Beiträgen einer Zeitschrift dies entspricht muss letztlich die Abwägung der Beeinträchtigung des Primärmarktes mit den Interessen der Nutzer sein.⁵³

⁴⁹ Siehe zum Beispiel bei: Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 22; Dreier/Schulze-Dreier, Urheberrechtsgesetz, 6. Aufl. 2018, § 2 Rn. 19 oder Wandtke/Bullinger-Lüft, wie Anm. 4, § 60a Rn. 14.

⁵⁰ Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 2 Rn. 18.

⁵¹ Amtl. Begr.: BT-Drs. IV/270, 73.

⁵² Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 53 Rn. 33; Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 23.

⁵³ Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 53 Rn. 33; Möhring/Nicolini-Grübler, Urheberrecht, 4. Aufl. 2018, § 53 Rn. 39; Schricker/Loewenheim, wie Anm. 47, § 53 Rn. 52. Eine genaue diesbezügliche Grenze wurde vom Gesetzgeber bisher nicht festgelegt. In der Literatur gibt es diesbezüglich unterschiedliche Angaben. So wird teilweise eine Übernahme von bis zu 20 Prozent als von der Vorschrift gedeckt angesehen (Wandtke/Bullinger-Lüft, wie Anm. 4, § 53 Rn. 34; Raczkinski,

3 Bereichsausnahmen des § 60a Abs. 3 UrhG

§ 60a Abs. 3 UrhG nimmt bestimmte Nutzungshandlungen explizit von der Privilegierung des § 60a UrhG aus. Es handelt sich um eine sogenannte Bereichsausnahme, die sich unter anderem auf der Basis des Dreistufentests ergibt.⁵⁴

§ 60 Abs. 3 Nr. 1 UrhG nimmt Vervielfältigungen auf Bild- und Tonträger und die öffentliche Wiedergabe eines Werks aus, während dieses öffentlich vorgetragen, aufgeführt oder vorgeführt wird. § 60 Abs. 3 Nr. 2 UrhG nimmt ausschließlich für den Unterricht an Schulen geeignete, bestimmte und gekennzeichnete Werke von der Schrankenregelung aus, soweit die Nutzung an Schulen betroffen ist.⁵⁵ Eine vergleichbare Freistellung von Lehrbüchern an Universitäten von der Schrankennutzung sieht das Gesetz hingegen nicht vor.⁵⁶ Die Ausnahmeregelung des § 60 Abs. 3 Nr. 3 UrhG betrifft typischerweise Notenmaterial, umfasst aber auch andere Aufzeichnungsformen als die etablierte Notenschrift.⁵⁷

III § 60c UrhG

§ 60c UrhG regelt die zustimmungsfreie Nutzung von urheberrechtlich geschützten Werken im Rahmen der wissenschaftlichen Forschung.

Bernd; Rademacher, Ulrich: Urheberrechtliche Probleme beim Aufbau und Betrieb einer juristischen Datenbank. In: GRUR 5 (1989), S. 324–332, hier: S. 327; Schricker/Loewenheim, wie Anm. 47, § 53 Rn. 52). Teilweise wird sogar von einer Grenze von etwa 40 Prozent gesprochen (Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 23).

54 Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60a Rn. 9; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 21.

55 Die Beschränkung in Nr. 2 auf Schulbücher (im Unterschied zu Lehrbüchern an Hochschulen) wird mit dem infolge der föderalen Struktur des Schulwesens sehr kleinen Primärmarkt der Schulbuchverlage begründet (RegE-UrhWissG BT-Drs.18/12329, 38). Maßgeblich für die Bestimmung „für den Unterrichtsgebrauch“ ist nicht die vom Urheber gewählte Zweckbestimmung, sondern der Eindruck des Werks auf eine objektive dritte Person an der Stelle der von § 60a Abs. 1 Nr. 1–3 UrhG Privilegierten (Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 28).

56 Die Neufassung der Regelung im Rahmen des Erlasses des UrhWissG hat diesbezüglich zu neuen Diskussionen über Sinn beziehungsweise Unsinn der Zuspitzung der Regelung auf das Spezialsegment Schulbücher geführt. Für eine Erweiterung der Bereichsausnahmen auf Lehrbücher sprach sich zum Beispiel Schack, Haimo: Urheberrechtliche Schranken für Bildung und Wissenschaft. In: ZUM 3 (2016), 266–284, hier: S. 276 f. aus. Für den Fortbestand der bisherigen Regelung: de la Durantaye, wie Anm. 1 S. 565.

57 Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 29; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60a Rn. 21.

1 Tatbestand des § 60c Abs. 1 UrhG

Erlaubt sind die Vervielfältigung (§§ 15 Abs. 1, 16 UrhG), das Verbreiten (§§ 15 Abs. 1 Nr. 2, 17 UrhG) und die öffentliche Zugänglichmachung (§§ 15 Abs. 2 Nr. 2, 19a UrhG). Anders als § 60a Abs. 1 UrhG und die Vorgängervorschrift § 52a UrhG a.F. sieht § 60c Abs. 1 UrhG nicht vor, dass nur veröffentlichte Werke von der Schrankenregelung umfasst sein sollen. Dies ergibt sich aus dem Gesetzeszweck, welcher der Forschung möglichst weite Rechte einräumen will und auf diese Weise zum Beispiel die Auswertung von Nachlässen ermöglicht. Allerdings gilt diese weitreichende Privilegierung nur für die eigentliche Forschungsarbeit. Die Veröffentlichung ist nur zulässig, soweit die Voraussetzungen des § 12 UrhG gegeben sind. Das Erstveröffentlichungsrecht des Urhebers wird durch die Vorschrift also nicht angetastet.⁵⁸

Diese Regelung klingt auf den ersten Blick sehr eindeutig, jedoch weist auch hier unter anderem *Berger* darauf hin, dass die Aussage im Gesetzesentwurf der Bundesregierung, dass das Erstveröffentlichungsrecht aus § 12 UrhG unberührt bleiben soll,⁵⁹ in zwei Richtungen verstanden werden kann.⁶⁰ *Berger* führt dazu aus, dass eng interpretiert § 60c UrhG das Veröffentlichungsrecht vollständig unberührt lässt und damit die Einwilligung des Urhebers (§ 1 UrhG) auch für die Nutzung beispielsweise in Forschergruppen voraussetzt, wenn darin eine öffentliche Zugänglichmachung liegt. Konzeptpapiere oder Aufsatzentwürfe eines Wissenschaftlers, die noch nicht publiziert worden sind (§ 6 UrhG), könnten einer Forschergruppe mithin nur mit seiner Einwilligung nach § 12 Abs. 1 UrhG zur Verfügung gestellt werden. Ohne Zustimmung des Urhebers bliebe für § 60c UrhG nur Raum, soweit die Schrankennutzung selbst nicht „öffentlich“ ist, also insbesondere bei Vervielfältigungen.

Weitergehend lässt sich § 60c UrhG aber auch so verstehen, dass die Bestimmung einen mit der Schrankennutzung verbundenen Eingriff in das Erstveröffentlichungsrecht erlaubt und dieses nur für weitere Publikationen an eine unbegrenzte Öffentlichkeit unberührt bleibt. Danach könnte ein vom Wissenschaftler nicht freigegebenes Papier nach § 60c UrhG einer Forschergruppe öffentlich zugänglich gemacht werden. Aber auch dann wird mit der Nutzung nach § 60c UrhG das Werk noch nicht „veröffentlicht“ im Sinne des § 6 UrhG.⁶¹ Die Nutzung des Werks in einer weiteren Öffentlichkeit außerhalb der Forscher-

⁵⁸ RegE BT-Dr. 18/12329, S. 39.

⁵⁹ RegE BT-Dr. 18/12329, S. 39.

⁶⁰ *Berger*, wie Anm. 1, S. 961.

⁶¹ Eine Schrankennutzung verbraucht das Erstveröffentlichungsrecht nicht, dazu *Dreier/Schulze*, wie Anm. 25, § 12 Rn. 7.

gruppe (Publikation in Fachzeitschrift) bleibt an die Zustimmung des Autors nach § 12 UrhG gebunden.⁶²

Die in § 60c Abs. 1 UrhG privilegierten Nutzungshandlungen sind zweckgebunden und dürfen nur zum Zweck der nicht kommerziellen wissenschaftlichen Forschung erfolgen. Die wissenschaftliche⁶³ Forschung umfasst den Kernbereich des Forschens, Darstellens und Lehrens. Wissenschaftliches Arbeiten zeichnet sich durch das methodisch-systematische Streben nach Erkenntnis beziehungsweise die Vermittlung dieser Erkenntnis aus.⁶⁴ Wissenschaftliche Tätigkeit wird damit zunächst einmal an Hochschulen, Forschungseinrichtungen oder anderen wissenschaftlichen Einrichtungen durch Wissenschaftler, aber auch Studenten ausgeübt.⁶⁵ Die wissenschaftliche Forschung umfasst jedoch nicht nur Forschungs- und Doktorarbeiten, sondern auch die eigene Studien- und Weiterbildung und ist auch bei Recherchen für eine Lehrtätigkeit, bei der eigenen Fortbildung oder schriftstellerischen Tätigkeit gegeben.⁶⁶

§ 60 c Abs. 1 UrhG sieht eine zulässige Werknutzung nur für die nicht kommerzielle Forschung vor. Ausgeschlossen ist die Anwendung der Schrankenregelung daher für die Forschung in Unternehmen, soweit diese der Entwicklung von Produkten dient.⁶⁷ Da es auf die Quelle der Finanzierung nicht ankommt,⁶⁸ kann die Forschung, die an öffentlichen Hochschulen stattfindet und über private Drittmittel finanziert wird, grundsätzlich unter den Anwendungsbereich der Vorschrift fallen.⁶⁹ Dass ein Wissenschaftler seine Forschungsergebnisse in einem Verlag veröffentlicht führt ebenfalls noch nicht dazu, dass die zugrundeliegende Forschung als kommerziell zu bewerten ist. Dies gilt unabhängig davon, ob

⁶² Berger, wie Anm. 1, S. 961.

⁶³ Zur Wissenschaft gehört auch die Popularwissenschaft. Erfasst wird also nicht nur das, was an Universitäten und Hochschulen gelehrt wird (Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 6).

⁶⁴ Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 60c Rn. 1; Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60c Rn. 4; Wandtke/Bullinger-Lüft, wie Anm. 4, § 60c Rn. 11.

⁶⁵ Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60c Rn. 5.

⁶⁶ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 6.

⁶⁷ RegE BT-Dr. 18/12329, S. 39.

⁶⁸ Vgl. Erwägungsgrund 42 der der InfoSoc-RL. Dieser lautet: „Bei Anwendung der Ausnahme oder Beschränkung für nicht kommerzielle Unterrichtszwecke und nicht kommerzielle wissenschaftliche Forschungszwecke einschließlich Fernunterricht sollte die nicht kommerzielle Art der betreffenden Tätigkeit durch diese Tätigkeit als solche bestimmt sein. Die organisatorische Struktur und die Finanzierung der betreffenden Einrichtung sind in dieser Hinsicht keine maßgeblichen Faktoren.“ (Erwägungsgrund 42 der InfoSoc-RL 2001/29/EG).

⁶⁹ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 7; Wandtke/Bullinger-Lüft, wie Anm. 4, § 60c Rn. 12.

der Wissenschaftler für die Veröffentlichung ein Honorar erhält oder nicht. Es kommt auch nicht auf die organisatorische Struktur und Finanzierung der Einrichtung an, sondern ausschließlich auf die mit der Vervielfältigung verfolgten Zwecke.⁷⁰ Damit kann auch an öffentlich finanzierten Hochschulen kommerzielle Forschung betrieben werden, soweit entsprechende Projekte durch auf Gewinnerzielung ausgerichtete Partner (mit-) finanziert und die Forschungsergebnisse diesen zur Verfügung gestellt werden.⁷¹ Insbesondere für Hochschulen wird diese Abgrenzung in der Praxis häufig Fragen aufwerfen.⁷²

§ 60c Abs. 1 UrhG erlaubt, wie auch schon § 60a Abs. 1 UrhG, die Vervielfältigung von bis zu 15 Prozent eines Werks ebenso wie die Verbreitung und die öffentliche Zugänglichmachung (§ 15 Abs. 2 Nr. 2, § 19a UrhG). Anders als bei § 60a UrhG wurde hier jedoch keine zukunfts feste Formulierung gewählt, die auch öffentliche Wiedergaben in sonstiger Weise umfasst.⁷³

Im Gegensatz zu § 60a UrhG fehlt § 60c UrhG ein institutioneller Bezug, denn auf die Befugnisse nach dieser Vorschrift darf sich jedermann⁷⁴ berufen und die Nutzungshandlungen dürfen auch durch einen Dritten vorgenommen werden, der selbst keinen Forschungszweck verfolgt.⁷⁵ Neben den Berechtigten der Schrankenregelung hat sich der Gesetzgeber explizit zu den Begünstigten der Vorschrift positioniert. Dabei handelt es sich um eine Aufzählung der Personen, für die eine Werknutzung erlaubt ist. Zu finden sind diese in § 60c Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 UrhG.

Die Nutzung nach § 60c Abs. 1 Nr. 1 UrhG knüpft an die Formulierung von § 52a Abs. 1 Nr. 2 UrhG a.F. an und übernimmt dessen Tatbestand wortwörtlich.

⁷⁰ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 7.

⁷¹ Drittmittelforschung als solche ist im Regelfall nicht kommerziell, ebenso wenig wie die vergütete Publikation der Forschung (RegE BT-Dr. 18/12329, S. 37). Bei Ausgründungen aus Hochschulen und anderen Formen des Technologietransfers kommt es auf die Umstände des Einzelfalls an (Berger, wie Anm. 1, S. 961).

⁷² Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60c Rn. 6.

⁷³ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 11; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60c Rn. 9.

⁷⁴ RegE BT-Dr. 18/12329, S. 38. Die Regelung gilt damit gleichermaßen für unabhängige Forscher, solche an Forschungsinstituten, für Universitätsprofessoren, Privatgelehrte, wissenschaftliche Mitarbeiter sowie Studenten im Rahmen ihrer Forschung beziehungsweise wissenschaftlichen Arbeit (RegE BT-Dr. 18/12329, S. 39). So kann auch der nicht hauptberuflich wissenschaftlich Tätige und damit der Praktiker auch Nutznießer von § 60c UrhG sein, wenn dieser in seiner Freizeit einen Artikel für eine Fachzeitschrift schreibt (vgl. zu § 53 UrhG a.F. Fromm/Nordemann-Wirtz, Urheberrecht, 11. Aufl. München 2014, § 53 Rn. 31).

⁷⁵ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn.16; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60c Rn. 8. Auch bislang war im § 53 Abs. 2 S. 1 UrhG a.F. das Herstellenlassen von Kopien erlaubt (Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn.16).

Entsprechend dürfen Werke nur von einem bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen genutzt werden. Dabei ist es unerheblich, ob alle Personen an der gleichen Einrichtung tätig sind.⁷⁶ Nicht bestimmt abgegrenzt sind Personenkreise, die sich im Laufe kurzer Zeit beliebig erweitern können.⁷⁷ Zur Sicherstellung der abgegrenzten Benutzung war für die Nutzung nach § 52a UrhG a.F. die Einrichtung von Zugangskontrollsystemen erforderlich.⁷⁸ Für die Nutzung nach § 60c UrhG ist angesichts der wortgleichen Formulierung und der weitergehenden Nutzungsmöglichkeiten zumindest eine vergleichbare Sicherung beispielsweise durch ein Passwort erforderlich. Werden keine Maßnahmen ergriffen und können Dritte auf die Materialien zugreifen, entfällt die Tatbestandsvoraussetzung und es kann eine Urheberrechtsverletzung auch durch die privilegierte Person vorliegen.⁷⁹

Über § 60c Abs. 1 Nr. 2 UrhG können Dritte im Peer Review vor Veröffentlichung oder vor Preisvergaben die wissenschaftliche Forschung leichter überprüfen. Die Inhalte sind ebenfalls vor dem Zugriff durch sonstige Personen zu schützen.⁸⁰

2 Erweiterungen des § 60c Abs. 2 UrhG

§ 60c Abs. 2 UrhG erweitert den Umfang der zulässigen Nutzung für Vervielfältigungen für die eigene wissenschaftliche Forschung, die im Gegensatz zu § 60c Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 UrhG nicht geteilt wird. Im Rahmen der eigenen wissenschaftlichen Forschung dürfen gemäß § 60c Abs. 2 UrhG bis zu 75 Prozent eines

⁷⁶ RegE BT-Dr. 18/12329, S. 39.

⁷⁷ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 17.

⁷⁸ Siehe zu § 52 a UrhG a.F.: Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 52 a Rn. 11; Fromm/Nordemann-Dustmann, Urheberrecht, 11. Aufl. München 2014, § 52 a Rn. 11; Schricker/Loewenheim, wie Anm. 47, § 52a Rn. 10; Berger, Christian: Die öffentliche Zugänglichmachung urheberrechtlicher Werke für Zwecke der akademischen Lehre – Zur Reichweite des § 52a I Nr. 1 UrhG. In: GRUR 12 (2010), S. 1058–1064, hier: S. 1064; von Bernuth, Wolf: Streitpunkt – der Regelungsgehalt des § 52 a UrhG. In: ZUM 6 (2003), S. 438–443, hier: S. 441; Harder, Jörn: Ist die Zugänglichmachung von Werken zur Veranschaulichung im Unterricht an Hochschulen (§ 52a Abs. 1 Nr. 1, 2. Alt. UrhG) verfassungsgemäß? In: Archiv für Medienrecht und Medienwissenschaft (UFITA) 3 (2004), S. 643–664, hier: S. 646; Lauber, Anne; Schwipps, Karsten: Das Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft. In: GRUR 4 (2004), S. 293–300, hier: S. 296.

⁷⁹ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn.19.

⁸⁰ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 20; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60c Rn. 12; Berger, GRUR 2017, 953 (960).

Werks ohne Gebotenheitsprüfung⁸¹ vervielfältigt werden. Dies gilt jedoch ausschließlich für die Vervielfältigungshandlung. Eine Verbreitung oder öffentliche Zugänglichmachung ist aufgrund dieser Bestimmung nicht zulässig.⁸²

Ein diesbezügliches Beispiel für die Erweiterung nach § 60c Abs. 2 UrhG ist ein Universitätsprofessor, der für einen geplanten Aufsatz ein bestimmtes Kapitel aus einem Lehrbuch als Referenz benötigt. Da er gerade keine Zeit hat, selbst in die Bibliothek zu gehen, schickt er stattdessen einen seiner Mitarbeiter, um dies für ihn zu erledigen. Dieser darf, dank der Privilegierung in § 60c Abs. 2 UrhG bis zu 75 Prozent des benötigten Werks für den Professor vervielfältigen, das heißt kopieren oder scannen.⁸³ Dabei macht es keinen Unterschied, ob der Professor selbst oder ein Dritter diese Handlung durchführt, denn es ist nach wie vor, wie bereits in § 53 Abs. 2 S. 1 UrhG a.F. erlaubt, die Vervielfältigungsstücke durch Dritte herstellen zu lassen.⁸⁴ Daran schließt sich die Frage an, ob der Mitarbeiter des Professors ihm den in der Bibliothek angefertigten Scan im Anschluss auch per E-Mail zusenden darf, denn § 60c Abs. 2 UrhG erwähnt, im Gegensatz zu § 60c Abs. 1 UrhG nur den Vorgang der Vervielfältigung und nicht den des Verbreitens. Fraglich ist somit an dieser Stelle, ob der Begriff der Vervielfältigung in § 60c UrhG das Versenden des vervielfältigten Werks per E-Mail umfasst. Das Versenden einer E-Mail mit urheberrechtlich geschütztem Inhalt oder Anhang betrifft lediglich das Vervielfältigungsrecht aus § 16 UrhG.⁸⁵ Bei der E-Mail-Kommunikation wird das Verbreitungsrecht dagegen nicht ausgeübt, weil keine körperlichen Vervielfältigungsstücke in Verkehr gebracht werden.⁸⁶ Der Mitarbeiter des Professors darf folglich auf Grundlage des § 60c Abs. 2 UrhG die benötigten Kopien für den Professor anfertigen und ihm diese auch im Anschluss per E-Mail zusenden.

Weiterhin wäre es ebenfalls denkbar, dass ein Mitarbeiter der Bibliothek die benötigte Literatur aushebt, das benötigte Kapitel scannt und dieses dann auf

⁸¹ Diese war bisher in § 53 Abs. 2 Nr. 1 UrhG a.F. vorgesehen.

⁸² Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 13; Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60c, Rn. 7.

⁸³ Zum Begriff der Vervielfältigung zum Privatgebrauch nach § 53 Abs. 1 UrhG siehe z. B. bei: Fromm/Nordemann-Wirtz, wie Anm. 74, § 53 Rn. 16 ff.

⁸⁴ RegE BT-Dr. 18/12329, S. 39. Zum Missbrauchspotenzial vgl. Schack, Rn. 555 m.w.N.

⁸⁵ Hoeren/Sieber/Holznapel-S.Ernst: Handbuch Multimedia Recht – Rechtsfragen des elektronischen Geschäftsverkehrs. 47. Ergänzungslieferung München 2018, Teil 7.1, Rn. 64; Leupold; Demisch: Bereithalten von Musikwerken zum Abruf in digitalen Netzen. In: ZUM 5 (2000), S. 379–388, hier: S. 385; Ensthaler/Weidert-Werner, Handbuch Urheberrecht und Internet. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 2017, 208; a. A. Haupt: E-Mail-Versand – eine neue Nutzungsart im urheberrechtlichen Sinn? In: ZUM 11 (2002), S. 797–802, hier: S. 799.

⁸⁶ Haupt, wie Anm. 85, S. 799.

elektronischem Weg an den Professor sendet. Hierbei stellt sich jedoch die Frage, ob im Rahmen dessen bis zu 10 oder bis zu 75 Prozent des Lehrbuchs gescannt und per E-Mail an den Professor geschickt werden könnten. Für die Herstellung der Kopien macht es keinen Unterschied, ob der Professor selbst, einer seiner Mitarbeiter oder ein Mitarbeiter der Bibliothek diese Handlung durchführt, denn es ist, wie bereits in § 53 Abs. 2 S. 1 UrhG a.F. erlaubt, die Vervielfältigungsstücke durch Dritte herstellen zu lassen.⁸⁷ Es macht jedoch einen Unterschied, wenn es darum geht, wer dem Professor den angefertigten Scan per E-Mail übermitteln darf. Dabei muss nämlich beachtet werden, dass § 60c Abs. 2 UrhG den Umfang der zulässigen Nutzung für Vervielfältigungen ausdrücklich nur für die eigene wissenschaftliche Forschung privilegiert. Ein Mitarbeiter des Professors wird diesem zugerechnet und fällt somit unter die Schranke des § 60c Abs. 2 UrhG. Bei einem Mitarbeiter der Bibliothek ist diese Zurechnung jedoch wegen des Grundsatzes der engen Auslegung von Schrankenregelungen⁸⁸ nicht möglich. Für diesen gelten die Schranken des § 60e Abs. 5 UrhG, die Bibliotheken erlaubt, an Nutzer zu nicht kommerziellen Zwecken Vervielfältigungen von bis zu 10 Prozent eines erschienenen Werkes sowie einzelne Beiträge, die in Fachzeitschriften oder wissenschaftlichen Zeitschriften erschienen sind, zu übermitteln.

3 Erweiterungen des § 60c Abs. 3 UrhG

Nach § 60c Abs. 1 und Abs. 2 UrhG dürfen bis zu 15 beziehungsweise bis zu 75 Prozent eines Werks genutzt werden. § 60c Abs. 3 UrhG erweitert den Nutzungsumfang, wie auch schon bereits der § 60a Abs. 2 UrhG, auf Abbildungen, einzelne Beiträge aus Fachzeitschriften oder wissenschaftlichen Zeitschriften, sonstige Werke geringen Umfangs und vergriffene Werke.

4 Bereichsausnahme des § 60c Abs. 4 UrhG

§ 60c Abs. 4 UrhG enthält wie § 60a Abs. 3 Nr. 1 UrhG eine Bereichsausnahme, die Aufnahmen von Live-Veranstaltungen vor Ort verbietet. Die bisherigen Bereichsausnahmen § 52a Abs. 2 S. 2 UrhG a.F. und § 53 Abs. 4 lit. a UrhG a.F. entfallen,

⁸⁷ RegE BT-Dr. 18/12329, S. 39. Zum Missbrauchspotenzial vgl. *Schack*, Urheber- und Urhebervertragsrecht. 9. Aufl. 2019, Rn. 555 m.w.N.

⁸⁸ BGH, GRUR 1994, 800 (802) – „*Museumskatalog*“; Lettl, wie Anm. 30, § 6 Rn. 3; Lutz, wie Anm. 30, S. 114. Für eine Abkehr vom Grundsatz der engen Auslegung urheberrechtlicher Schranken sprechen sich jedoch Wandtke/König aus (Wandtke/König, wie Anm. 30, S. 928).

beziehungsweise werden für die wissenschaftliche Forschung nicht übernommen, um die Erforschung solcher Werke zu erleichtern.⁸⁹

VI § 60e UrhG

Die Vorschrift des § 60e UrhG wurde ebenfalls durch das UrhWissG eingeführt und führt die bislang an unterschiedlichsten Stellen geregelten Befugnisse für Bibliotheken zusammen.⁹⁰ § 60e UrhG regelt die erlaubten Nutzungen geschützter Werke durch öffentlich zugängliche Bibliotheken und enthält in Absatz 1 eine Definition für „Bibliotheken“, die für die gesamte Vorschrift gilt. Bibliotheken sind demnach planmäßig angelegte Büchersammlungen, zu der auch Handschriften und audiovisuelle Medien gehören können, losgelöst von einer räumlichen Verortung.⁹¹ Unter öffentlich zugänglichen Bibliotheken, die keine unmittelbar kommerziellen Zwecke verfolgen, sind grundsätzlich nur Institutionen zu verstehen, die im Dienst der Gesellschaft und ihrer Entwicklung zu Studien-, Bildungs- oder Unterhaltungszwecken Informationen sammeln, ordnen und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen.⁹² Der Begriff der „öffentlichen Bibliothek“ ist abweichend von der im deutschen Bibliothekswesen überwiegend verwandten Terminologie nicht als Gegensatz zu den „wissenschaftlichen Bibliotheken“ zu verstehen. So hatte der Bundesgerichtshof schon § 53a UrhG a.F. auch auf die Technische Informationsbibliothek Hannover und damit eine sogenannte „wissenschaftliche Bibliothek“ angewandt.⁹³ Die Zugänglichmachung für „eine“ Öffentlichkeit, zum Beispiel nur für Studenten der Universität reicht aus.⁹⁴ Dabei darf der Zugang zur

⁸⁹ Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 60c Rn. 16; Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60c Rn. 28; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60c Rn. 16.

⁹⁰ Das Urhebergesetz hatte die gesetzlichen Erlaubnisse für Bibliotheken bislang an verschiedenen Stellen im Gesetz geregelt. So war nach § 53 Abs. 2 Nr. 2 UrhG a.F. die Vervielfältigung erlaubt, soweit sie zur Aufnahme in ein eignes Archiv vorgenommen wurde. Weiterhin war für Bibliotheken zum Zweck der Ausstellung oder Dokumentation von Beständen die Vervielfältigung und Verbreitung bestimmter Werke nach § 58 Abs. 2 UrhG a.F. zulässig. Die Verbreitung war nach § 53 Abs. 6 S. 2 UrhG a.F. für Vervielfältigungsstücke von Zeitungen und vergriffenen Werken und Werkstücken erlaubt. Die öffentliche Zugänglichmachung war nach § 52b UrhG a.F. an elektronischen Leseplätzen in öffentlichen Bibliotheken möglich und nach § 53a UrhG a.F. durfte auf Einzelbestellung vervielfältigt und übermittelt werden, solange es sich um einzelne Beiträge oder kleine Teile eines Werks handelte.

⁹¹ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60e Rn. 5.

⁹² Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60e Rn. 5.

⁹³ BGH, GRUR 1999, 707 ff. – „Kopienversanddienst“.

⁹⁴ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60e Rn. 5.

Einrichtung an bestimmte Voraussetzungen geknüpft sein, sofern dadurch die Benutzbarkeit nicht auf einen den Anforderungen der Öffentlichkeit im Sinne von § 15 Abs. 3 UrhG nicht mehr genügenden Personenkreis beschränkt wird. Aus diesem Grund zählen zu den öffentlich zugänglichen Bibliotheken nicht die der Öffentlichkeit verschlossene Bibliotheken in Unternehmen und anderen nicht der Öffentlichkeit zugänglichen Institutionen oder Privatsammlungen, die lediglich auf Anfrage auch für Dritte geöffnet werden.⁹⁵

Die Struktur des § 60e UrhG orientiert sich an den privilegierten Nutzungshandlungen. § 60e Abs. 1 UrhG regelt Vervielfältigungen, § 60e Abs. 2 und Abs. 3 UrhG die erlaubten Verbreitungen, § 60e Abs. 4 UrhG die Zugänglichmachung an Terminals und § 60e Abs. 5 UrhG den Kopienversand auf Bestellung. Von der Schrankenregelung des § 60e UrhG sind zunächst Werke aller WerkGattungen erfasst. Auf Computerprogramme und Computerspiele ist die Vorschrift allerdings wegen des Vorrangs der §§ 69a ff. UrhG unanwendbar. Auch auf Datenbanken ist die Schranke nicht anwendbar, da § 87c UrhG nicht auf § 60e UrhG verweist.⁹⁶

1 Tatbestand des § 60e Abs. 1 UrhG

§ 60e Abs. 1 UrhG regelt ausschließlich die Erlaubnis für die Vervielfältigungen (§ 16 UrhG). Wofür diese Vervielfältigungen genutzt werden dürfen bestimmt sich nach den § 60e Abs. 2–5 UrhG. Ergibt sich aus diesen nicht ausdrücklich eine weitergehende Erlaubnis, dürfen die Vervielfältigungen ausschließlich bibliotheksintern genutzt und keinesfalls weitergenutzt werden.⁹⁷ Dabei können die Vervielfältigungen auch von Dritten vorgenommen werden, was sich aus dem Wortlaut „vervielfältigen oder vervielfältigen lassen“ im § 60e Abs. 1 UrhG ergibt. Die für die Vervielfältigung genutzten Werke müssen zum Bestand der Bibliothek gehören. Erfasst sind hiervon auch elektronische Bestände, zu denen die Bibliothek auf Basis von Nutzungsverträgen ihren Nutzern den Zugang gewähren darf.

Der zweite Halbsatz des § 60e Abs. 1 UrhG stellt klar, dass auch mehrfache und formatwandelnde Vervielfältigungen zu den in Satz 1 genannten Zwecken zulässig sind. Formatwandelnde Kopien sind zum Beispiel erforderlich, um den dauerhaften Zugriff auf Werke zu ermöglichen, wenn das bisher verwendete Format technisch überholt oder entsprechende Hardware beziehungsweise entsprechende

⁹⁵ Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 60 e, Rn. 4; Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60e Rn. 5.

⁹⁶ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60e Rn. 3.

⁹⁷ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60e Rn. 4.

Leermedien nicht mehr verfügbar sind.⁹⁸ Dabei dürfen auch Vervielfältigungen von früheren durch die Bibliothek oder in ihrem Auftrag hergestellten Vervielfältigungen angefertigt werden, und zwar auch dann, wenn das ursprüngliche Bestandsexemplar zwischenzeitlich nicht mehr lesbar oder zerstört ist.⁹⁹

2 Erlaubtes Verbreiten nach § 60e Abs. 2 UrhG

§ 60e Abs. 2 S. 1 UrhG gestattet die Weitergabe von Vervielfältigungen, die nach Absatz 1 zum Zwecke der Restaurierung hergestellt wurden.¹⁰⁰ Sie ermöglicht, dass Bibliotheken ihre Bestände mithilfe der Bestände anderer Institutionen restaurieren können. Möchte zum Beispiel eine Bibliothek ein im eigenen Haus vorhandenes, aber beschädigtes Werk restaurieren, wird sie häufig kein eigenes weiteres Exemplar besitzen, um das beschädigte Werk zu ergänzen. Es ist deshalb erforderlich, dass eine andere Institution aus ihrem Bestand diese Inhalte zum Zweck der Restaurierung vervielfältigen und der restaurierenden Einrichtung zur Verfügung stellen kann. Da diese Weitergabe in das Verbreitungsrecht (§ 17 UrhG) des Rechtsinhabers eingreift, wird diese zweckgebundene Verbreitung durch § 60e Abs. 2 S. 1 UrhG ausdrücklich erlaubt.¹⁰¹ § 60e Abs. 2 S. 2 UrhG erlaubt den Verleih von restaurierten Vervielfältigungsstücken. Die Bestimmung übernimmt mit einer Erweiterung die in § 53 Abs. 6 S. 2 UrhG genannte Befugnis. Hierbei entfällt die bisherige Begrenzung auf „kleine“, beschädigte oder abhanden gekommene Teile.

3 Erlaubtes Verbreiten nach § 60e Abs. 3 UrhG

§ 60e Abs. 3 UrhG erlaubt den Bibliotheken, Vervielfältigungen im Zusammenhang mit der Ausstellung oder Dokumentation ihrer Bestände zu verbreiten. Im

⁹⁸ BT-Drs. 18/12329, S. 42.

⁹⁹ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60e Rn. 10.

¹⁰⁰ Die Neuregelung hatte keine Entsprechung im bislang geltenden Recht. Bisher musste für eine Archivkopie nach § 53 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und Nr. 2 UrhG a.F. eine eigene Vorlage verwendet werden beziehungsweise es durfte nach § 53 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 UrhG a.F. nur für den eigenen Gebrauch kopiert werden.

¹⁰¹ Ungeklärt ist an dieser Stelle die Frage, ob das Werk in digitaler Form online übertragen werden darf. Mit der elektronischen Weiterleitung von Dateien wird die Frage nach der dogmatischen Einordnung des Verbreitungsrechts im System des digitalen Urheberrechts aufgeworfen. (Wandtke, wie Anm. 27, S. 1131. Diese Frage wurde bisher lediglich für Software höchstrichterlich bejaht (BGH, ZUM 2015, 688 ff. – „UsedSoft III“).

Vergleich zu § 58 Abs. 2 UrhG a.F. werden die Befugnisse ausgedehnt. Ein zeitlicher Zusammenhang mit der Ausstellung ist anders als in § 58 Abs. 2 UrhG a.F. nicht mehr zwingend erforderlich. Dadurch können die geschützten Inhalte auch nach dem Ausstellungsende noch verbreitet werden und es dürfen im Vergleich zu § 58 Abs. 2 UrhG a.F. mehr Werkarten genutzt werden, insbesondere auch Filmwerke und technische Skizzen.¹⁰²

4 Terminal-Schranke des § 60e Abs. 4 UrhG

In der Vergangenheit war die sogenannte Leseplatzschranke in § 52b UrhG a.F. geregelt und Gegenstand heftiger Diskussionen.¹⁰³ Die Zugänglichmachung von Texten über Terminals der Bibliotheken wurde in § 60e Abs. 4 UrhG neu geregelt. Danach dürfen Bibliotheken an Terminals in ihren Räumen ein Werk aus ihrem Bestand ihren Nutzern zugänglich machen für deren Nutzung oder private Studien.

Da die Beschränkung der Zugänglichmachung auf die Zahl der vorhandenen Werkstücke in der Einrichtung entfällt, ist nun eine intensivere Nutzung von Digitalisaten an Terminals möglich.¹⁰⁴ Bibliotheken dürfen den Nutzern je Sitzung Vervielfältigungen von bis zu 10 Prozent eines Werks sowie von Abbildungen, Beiträgen aus derselben Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift, sonstigen Werken geringen Umfangs und vergriffenen Werken zu nichtkommerziellen Zwecken ermöglichen.

Der Verweis auf das Tatbestandsmerkmal „in ihren Räumen“ könnte jedoch bei dieser Schrankenregelung praktische Schwierigkeiten bereiten, Bibliotheken sind inzwischen vielmehr dezentral und verfügen oft an den Instituten über keine eigenen Räumlichkeiten mehr.¹⁰⁵

§ 60e Abs. 4 S. 2 UrhG regelt ebenfalls die Erlaubnis von „Anschlusskopien“ durch Bibliotheksnutzer. Anschlusskopien können analog durch Ausdruck oder digital durch Speicherung auf einem elektronischen Datenträger oder als Datenformat per E-Mail erfolgen.¹⁰⁶ Die Bestimmung reagiert damit auf die Rechtsprechung des EuGH¹⁰⁷ und des BGH¹⁰⁸. Der EuGH hatte festgestellt, dass die Zulässigkeit von

¹⁰² BT-Drs. 18/12329, S. 43.

¹⁰³ M.w.N. Wandtke/Bullinger-Jani, Urheberrecht, 5. Aufl. München 2019, § 52b Rn. 1 ff.

¹⁰⁴ Wandtke, wie Anm. 27, S. 1133.

¹⁰⁵ Hoeren, wie Anm. 10, S. 123.

¹⁰⁶ Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60e Rn. 28.

¹⁰⁷ EuGH, MMR 2014, 822 ff. – „TU Darmstadt/Ulmer“.

¹⁰⁸ BGH, ZUM 2015, 885 ff. – „Elektronische Leseplätze II“.

Anschlusskopien und damit die Kombination von Schranken dem mitgliedstaatlichen Recht überlassen seien.¹⁰⁹ Der BGH war nach § 52a Abs. 1 Nr. 1 UrhG a.F. von 12 Prozent der Seiten eines gesamten Sprachwerkes auf einer Lernplattform, maximal jedoch 100 Seiten, ausgegangen.¹¹⁰

Der Umfang der Anschlusskopie zum privaten Gebrauch ist nach § 60e Abs. 4 S. 2 UrhG auf bis zu 10 Prozent begrenzt. Der Gesetzgeber hat sich bei der Wahl dieser Prozentangabe an dem Verständnis zu dem Begriff der „kleinen Teile eines Werkes“ in den bisher geltenden Gesamtverträgen zu §§ 52a und 53 UrhG a.F. orientiert.¹¹¹ Die gesetzgeberische Entscheidung steht dabei im Widerspruch zur bereits ergangenen Rechtsprechung des BGH, der insbesondere bei wissenschaftlichen Lehrbüchern und juristischen Kommentaren die Ansicht vertreten hat, das ohne eine feste Obergrenze die Interessen der Rechtsinhaber unangemessen benachteiligt seien, weil mit einer bloßen prozentualen Begrenzung immer noch beispielsweise ganze Bände eines mehrbändigen Geschichtswerks oder Kommentars genutzt werden könnten.¹¹²

Die Begrenzung des Umfangs der Anschlusskopie zum privaten Gebrauch ist zwar nach § 60e Abs. 4 S. 2 UrhG auf 10 Prozent begrenzt, jedoch gilt diese Begrenzung lediglich je Sitzung des Nutzers am Terminalarbeitsplatz. So führt *Sökeland* diesbezüglich aus, dass es im Enddefekt keine umfangmäßige Beschränkung von Nutzerkopien im Rahmen des § 60e Abs. 4 S. 2 UrhG gibt. Im Ergebnis können Bibliotheksnutzer den entsprechenden Zugang zu den digitalen Vervielfältigungen dazu nutzen, das jeweilige Werk herunterzuladen und auszudrucken und zwar letztlich ohne umfangmäßige Beschränkung. Zwar ist der Umfang eines Werks, auf den Nutzer während einzelner Sitzungen zugreifen dürfen, nach § 60e Abs. 4 S. 2 UrhG grundsätzlich auf 10 Prozent eines Werks beschränkt und eine vollständige Nutzung ist nur für Abbildungen und Beiträge aus derselben Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift, sonstige Werke geringen Umfangs oder vergriffene Werke zulässig. Eine Beschränkung der Anzahl der möglichen Nutzersitzungen ist im Gesetz jedoch nicht enthalten. Der § 60e Abs. 4 S. 2 UrhG steht damit einem Herunterladen beziehungsweise Ausdrucken gesamter Werke durch Bibliotheksnutzer im Rahmen mehrerer Sitzungen, jedenfalls seinem Wortlaut nach, nicht entgegen.¹¹³

109 EuGH, MMR 2014, 822 ff. – „*TU Darmstadt/Ulmer*“.

110 BGH, GRUR 2014, 549 ff. – „*Meilensteine der Psychologie*“.

111 BT-Drs. 18/12329, 44.

112 BGH, GRUR 2014, 549 (Rn. 28) – „*Meilensteine der Psychologie*“.

113 *Sökeland*, Neue Schranken für Bildung und Forschung – Was ändert sich durch das Urheberrechts-Wissenschafts-Gesetz? In: *Kommunikation und Recht (K&R)* 2017, S. 605–609, hier: S. 608.

Steinhauer zeigt weitere Fragestellungen auf, die abseits von der Anschlussvervielfältigung in diesem Bereich bestehen, wie zum Beispiel die Frage, ob das Digitalisat auch als Volltext durchsuchbar sein darf oder nicht. Oder die Frage, ob mehrere Bibliotheken mit gleichen Beständen die zu digitalisierenden Bücher kooperativ aufteilen und die Digitalisate hinterher austauschen dürfen und der Einsatz des Leseplatzes zur Schaffung freier Regalfläche.¹¹⁴

5 Erlaubte Übermittlung von Vervielfältigungen nach § 60e Abs. 5 UrhG

Die Regelung des § 60e Abs. 5 UrhG übernimmt mit Änderungen den Inhalt des bisherigen § 53a UrhG. Da dessen Rechtsgrundlage¹¹⁵ nicht zwischen verschiedenen technischen Formen von Vervielfältigungen unterscheidet, wird auch auf die Differenzierung zwischen verschiedenen technischen Formen von Übermittlungen verzichtet. Damit ist auch der Versand per E-Mail an einzelne Nutzer möglich. Der Nutzer darf die ihm zur Verfügung gestellte Vervielfältigung jedoch nur zu nicht kommerziellen Zwecken verwenden, also lediglich im privaten Kontext oder für die nicht kommerzielle wissenschaftliche Forschung.

Als Post- und Faxversand war es nach § 53a Abs. 1 UrhG a.F. erlaubt, auch zu kommerziellen Zwecken Werke oder Werkteile zu versenden. Dies ist nun nicht mehr der Fall. Diese Einschränkung wirft insbesondere bei Einrichtungen, die auch eine regionale und überregionale Informationsversorgung für die Wirtschaft anbieten, wie zum Beispiel die Technische Informationsbibliothek Hannover (TIB), viele neue spannende juristische Fragen dahingehend auf, wie auch weiterhin für Kunden mit kommerziellen Zwecken Literatur aus dem In- und insbesondere aus dem Ausland bereit gestellt werden und an diese übermittelt werden kann. Bisher erfolgte die auch kommerzielle Dokumentenlieferung an der TIB in der Form eines Post- oder Faxversands auf der Grundlage des § 53 Abs. 2 Nr. 4a UrhG.¹¹⁶ Dies wirft an dieser Stelle die Frage auf, ob die kommerzielle Dokumentenlieferung weiterhin aus der Vervielfältigung zum eigenen Gebrauch des jeweiligen Bestellers gerechtfertigt werden kann oder ob diese abgeschafft wurde. In der Gesetzesbegründung zum UrhWissG findet sich zu dieser Thematik nichts. Es bleibt somit offen, ob der Gesetzgeber an dieser Stelle bewusst den Post- und

114 Steinhauer, Eric W.: Angemessene Schranken für Bildung und Wissenschaft. In: ZUM 6 (2016), S. 489–495, hier: S. 492.

115 Rechtsgrundlage ist Art. 5 Abs. 2 lit. c, Abs. 4 InfoSoc-RL 2001/29/EG.

116 BGH, GRUR 1999, 707 ff. – „Kopienversanddienst“.

Faxversand aus § 53 Abs. 2 Nr. 4a UrhG abschaffen wollte oder ob dieser Punkt ein Versehen war.

§ 60e Abs. 5 UrhG begrenzt gleichzeitig den Umfang, der den Nutzern übermittelt werden darf, auf bis zu 10 Prozent eines Werks. Die Begrenzung auf einzelne Beiträge aus einer Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift entspricht der Bestimmung in § 60c Abs. 3 UrhG. Jedoch fehlt beim § 60e Abs. 5 UrhG, abweichend von der Formulierung in § 60a Abs. 2 und § 60c Abs. 3 UrhG neben der Erlaubnis für vollständige Aufsätze die Ergänzung um „Abbildungen, [...], sonstige Werke geringen Umfangs und vergriffene Werke“.¹¹⁷ Hier ergibt sich ein praktisches Problem, wenn man zum Beispiel einen Aufsatz aus einer Festschrift versenden möchte, da es sich bei einer Festschrift weder um eine Zeitung oder um eine Fachzeitschrift oder wissenschaftliche Zeitschrift handelt.¹¹⁸ Da es sich bei den Aufsätzen in Festschriften um selbständige Werke der jeweiligen Urheber handelt, dürften nach dem Wortlaut des § 60e Abs. 5 UrhG nur 10 Prozent des Aufsatzes versandt werden. Dies macht jedoch wenig Sinn, da Aufsätze erst in ihrer Gesamtheit sinnvoll nutzbar sind.

Es stellt sich folglich an dieser Stelle die Frage, ob nicht eine analoge Anwendung des § 60e Abs. 5 UrhG auf Aufsätze in Festschriften möglich ist. Als Analogie wird die Anwendung einer Rechtsnorm mit anderen Tatbestandsvoraussetzungen auf einen ähnlichen, ungeregelten Sachverhalt bezeichnet.¹¹⁹ Der Rechtsanwender geht von der Annahme aus, die zu entscheidende Interessenlage sei der gesetzlich geregelten so ähnlich, dass die Gesetzgebung die getroffene Regelung ebenfalls für den ungeregelten Sachverhalt vorsehen würde.¹²⁰ Die analoge Anwendung einer Rechtsnorm setzt folglich die rechtliche Regelung eines (ersten) geregelten Tatbestands, eine Lücke der Rechtsordnung und eine weitreichende Ähnlichkeit des zweiten nichtgeregelten Tatbestands mit dem ersten geregelten

117 Die Ausnahme von Zeitungen und Pressezeitschriften kann im Unterricht (§ 60a UrhG) und Forschung (§ 60c UrhG) aufgefangen werden, weil historische Texte, für die es keine Lizenzangebote gibt, zumindest als vergriffen genutzt werden dürfen (Upmeyer, Arne: Die Rolle der Bibliotheken in einem künftigen Urheberrechts-Wissensgesellschafts-Gesetz (UrhWissG). In: ZGE 10 (2018), H. 3, S. 301–309, hier: S. 308.

118 Katzenberger-Schmelcher, Ruth; Kieselstein, Jana: Das UrhWissG und seine Auswirkungen auf die bibliothekarische Arbeit. In: Bibliotheksdienst 52 (2018) H. 9, S. 672–686, hier: S. 677.

119 Larenz, Karl; Canaris, Claus Wilhelm: Methodenlehre der Rechtswissenschaft. 3. Aufl. Berlin 1995, S. 202; Puppe, Ingeborg: Kleine Schule des juristischen Denkens. 3. Aufl. Stuttgart 2014, S. 171 f.; Rüthers/Fischer/Birk, Rechtstheorie mit Juristischer Methodenlehre. 10. Aufl. München 2018, Rn. 889.

120 Rüthers/Fischer/Birk, wie Anm. 119, Rn. 889.

Tatbestand voraus, so dass es ungerecht wäre, die Rechtsfolge des ersten geregelten Tatbestands nicht auf den zweiten Tatbestand anzuwenden.¹²¹

Die analoge Anwendung einer Norm kommt jedoch nur dann in Betracht, wenn für einen bestimmten Sachverhalt keine Rechtsnorm existiert, das heißt eine sogenannte Regelungslücke vorliegt.¹²² Vielfach wird auch gefordert, dass diese Regelungslücke planwidrig sein muss, also vom Gesetzgeber so nicht beabsichtigt war.¹²³ Im vorliegenden Fall regelt der § 60e Abs. 5 UrhG, dass einzelne Beiträge aus einer Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift im Rahmen der Schrankenregelung genutzt werden können. Eine entsprechende Regelung für Aufsätze in Festschriften und weitere Beiträge in Sammelwerken gibt es jedoch nicht. An dieser Stelle liegt somit eine Regelungslücke vor.

Es müsste somit als zweite Voraussetzung weiterhin ein Rechtssatz vorhanden sein, der generell für eine analoge Anwendung infrage kommt, da er seinem Zweck nach die Interessen- bzw. Konfliktlage eines Falls regelt, die dieser des gegenständlichen Falls ähnelt.¹²⁴ Als Regelung kommt hier der § 60e Abs. 5 UrhG in Betracht, denn es macht eigentlich keinen Unterschied, ob ein einzelner Beitrag aus einer Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift oder aus einer Festschrift oder sonstigem Sammelwerk verwendet wird.

Als dritte Voraussetzung müsste anschließend noch festgestellt werden, dass sich die beiden betrachteten Fälle im Wesentlichen entsprechen, weil sich ihre Interessen- beziehungsweise Konfliktlagen nach dem Rechts- und Wertungsgedanken des betrachteten Rechtssatzes ähneln.¹²⁵ Wie bereits dargestellt, besteht zwischen einzelnen Beiträgen in einer Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift oder in einer Festschrift oder einem sonstigem Sammelwerk kein Unterschied.

Da im vorliegend betrachteten Fall alle Voraussetzungen für eine analoge Anwendung des § 60e Abs. 5 UrhG gegeben sind, kann dieser neben Beiträgen aus einer Fachzeitschrift oder wissenschaftlichen Zeitschrift auch auf Beiträge aus einer Festschrift oder einem sonstigen Sammelwerk angewendet werden.

Weiterhin muss für die Übermittlung des Werks an den Nutzer das Werk, nicht wie im Rahmen des § 60a Abs. 1 UrhG nur veröffentlicht, sondern sogar erschienen

121 Köbler, Gerhard: Juristisches Wörterbuch – Für Studium und Ausbildung. 16. Aufl. München 2016, S. 16, „Analogie“; Reimer, Juristische Methodenlehre. München 2016, Rn. 559.

122 Köbler, wie Anm. 121, S. 16, „Analogie“.

123 Srocke, Marc-Oliver: Das Abstraktionsprinzip im Urheberrecht. Frankfurt a. M. 2008, S. 134; Stephanblome, Markus: Die Einordnung des subjektiven Urheberrechts in das System der bürgerlichen Rechte. Hamburg 2008, S. 247.

124 Kramer, Ernst A.: Juristische Methodenlehre. 5. Aufl. München 2016, S. 216 f.; Wank, Rolf: Die Auslegung von Gesetzen. 6. Aufl. München 2015, S. 85.

125 Kramer, wie Anm. 124, S. 217.

sein. Gemäß § 6 Abs. 2 UrhG ist ein Werk erschienen, wenn mit Zustimmung des Berechtigten Vervielfältigungsstücke des Werks nach ihrer Herstellung in genügender Anzahl der Öffentlichkeit angeboten oder in Verkehr gebracht worden sind. Beim Erscheinen handelt es sich um eine qualifizierte Form der Veröffentlichung.¹²⁶ An ein Erscheinen werden höhere Anforderungen gestellt als an eine Veröffentlichung. Damit ist ein erschienenes Werk auch immer gleichzeitig veröffentlicht, nicht jedes veröffentlichte Werk aber gleichzeitig erschienen. Wie bei der Veröffentlichung ist auch bei dem Erscheinen die Zustimmung des Urhebers Voraussetzung und es setzt das Vorliegen von Vervielfältigungsstücken voraus, wie zum Beispiel Bücher oder Noten.¹²⁷

Werden Werke der Öffentlichkeit in elektronischer Form zugänglich gemacht, so wird hier zwischen Offline-Exemplaren und Werken mit reinem Online-Zugriff unterschieden. Bei Offline-Exemplaren in Form von CD-ROM oder DVDs handelt es sich um körperliche Vervielfältigungsstücke, sodass § 6 Abs. 2 S. 1 UrhG problemlos zur Anwendung kommt.¹²⁸ Fraglich ist jedoch, wann ein Werk erschienen ist, welches der Öffentlichkeit nur durch Online-Zugriff zugänglich gemacht wird, entweder dadurch, dass der das betreffende Werk verkörpernde Datensatz dem Nutzer abgespielt wird und dieser ihn abspeichert, oder dadurch, dass der Datensatz im Sinne von § 19a UrhG dem Zugriff durch die Nutzer öffentlich zugänglich gemacht wird. Nach deutschem Recht liegt das Problem darin, dass das betreffende Werk nur einmal auf dem Server des Anbieters vorgehalten wird und dass alle beim Nutzer ankommenden Datensätze erst auf Abruf erstellt werden. Das scheint am ehesten der Herstellung körperlicher Werkexemplare auf Bestellung vergleichbar, die für ein Erscheinen jedoch gerade nicht ausreicht.¹²⁹

Eine solche Sichtweise wird jedoch dem Zweck des § 6 Abs. 2 UrhG nicht gerecht. Danach sollen die an das Erscheinen geknüpften Rechtsfolgen bereits dann eintreten, wenn die vermutete Nachfrage der Öffentlichkeit durch ein hinreichendes Angebot befriedigt wird. Erreichen lässt sich das bei einem Online-Angebot an die Öffentlichkeit entweder dadurch, dass man die eine Vervielfältigung im Zentralrechner für die Bedarfsdeckung im Sinne von § 6 Abs. 2 S. 1 UrhG als ausreichend ansieht¹³⁰ oder aber, sofern man für § 6 Abs. 2 S. 1 UrhG ein Zirkulieren kör-

126 Wandtke/Bullinger-Marquardt, Urheberrecht. 5. Aufl. München 2019, § 6 Rn. 24; Rehbinder/Peukert, Urheberrecht. 18. Aufl. München 2018, Rn. 217.

127 Wandtke/Bullinger-Marquardt, wie Anm. 126, § 6 Rn. 24

128 Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 2 Rn. 16.

129 Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 2 Rn. 16.

130 Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 6 Rn. 38; Schricker-Loewenheim, wie Anm. 47, § 6 Rn. 54; Goebel/Hackemann/Scheller: Zum Begriff des Erscheinens beim elektronischen Publizieren. In:

perlicher Vervielfältigungsstücke für unabdingbar hält, indem man das Zugänglichmachen auf dem Server in analoger Anwendung von § 6 Abs. 2 S. 2 UrhG für ausreichend erachtet. Allerdings muss dieses Zugänglichmachen von einer gewissen Dauer sein, um dem Kriterium der „bleibenden“ Zugänglichkeit zu entsprechen. Im Ergebnis ist ein Werk in beiden Fällen mit dem Einstellen ins Netz, das Mitgliedern der Öffentlichkeit einen dauerhaften Zugriff ermöglicht, erschienen.¹³¹

V Unabdingbarkeit nach § 60 g UrhG

Die § 60g UrhG und § 60h UrhG enthalten Regelungen, die für sämtliche der Erlaubnistatbestände der §§ 60a–f UrhG gelten. § 60g UrhG regelt das Verhältnis von gesetzlich erlaubten Nutzungen zu Vereinbarungen über Nutzungsbefugnisse.¹³² § 60g Abs. 1 UrhG enthält die Grundregel für das Verhältnis der neuen gesetzlichen Erlaubnistatbestände der §§ 60a–f UrhG zu Verträgen über Nutzungen, gilt aber nicht für die anderen gesetzlichen Erlaubnistatbestände der §§ 44a ff. UrhG.¹³³ § 60g Abs. 2 UrhG enthält Ausnahmen von der Grundregel des § 60g Abs. 1 UrhG.

1 Grundregel des § 60g Abs. 1 UrhG

§ 60g Abs. 1 UrhG geht unausgesprochen von der Zulässigkeit vertraglicher Regelungen im Schrankenbereich der §§ 60a–f UrhG aus. Allerdings kann sich der Rechtsinhaber nicht auf Vereinbarungen berufen, die erlaubte Nutzungen beschneiden, denn das Maß gesetzlicher Nutzungsmöglichkeiten ist vertraglicher Verkürzung entzogen.¹³⁴ Liegen die Voraussetzungen einer gesetzlichen Erlaub-

GRUR 5 (1986), S. 355–361; Hubmann, Heinrich: Zum Rechtsbegriff des Erscheinens. In: GRUR 6 (1980), S. 537–541, hier: S. 541; Süßenberger, Christian; Czychowski, Christoph: Das Erscheinen von Werken ausschließlich über das Internet und ihr Urheberrechtlicher Schutz in Deutschland – einige Argumente pro und contra. In: GRUR 6 (2003), S. 489–493, hier: S. 490 f.

131 Dreier/Schulze, wie Anm. 25, § 6 Rn. 16; Wandtke/Bullinger-Marquardt, wie Anm. 126, § 6 Rn. 29; a.A. hingegen: Schack, wie Anm. 1, S. 644.

132 Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60g Rn. 1; Möhring/Nicolini, wie Anm. 2, § 60g Rn. 1.

133 RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 45.

134 Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60g Rn. 1; Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60g Rn. 2.

nis nach den §§ 60a–f UrhG vor, so sind abweichende vertragliche Regelungen unerheblich. Der Nutzer eines Werks kann sich folglich auf die Voraussetzungen und den Umfang der §§ 60a–f UrhG verlassen.¹³⁵ Die Gesetzesbegründung führt diesbezüglich das Beispiel einer Dozentin auf, die bei der Vorbereitung ihrer Vorlesung ein Buchkapitel in den digitalen Semesterapparat einstellen möchte und sich dabei an den Rahmen des gesetzlich erlaubten Nutzungsumfangs hält, so dass sie nicht prüfen muss, ob ein Nutzungsvertrag bezüglich des geschützten Inhalts besteht oder nicht.¹³⁶ Besteht keine solche Vereinbarung, weil weder die Dozentin noch die Hochschule einen Lizenzvertrag geschlossen haben, greift die gesetzliche Erlaubnis aus § 60a UrhG. Die angemessene Vergütung wird in diesem Fall gemäß § 60h UrhG auf Basis eines Gesamt- oder Rahmenvertrages von der Hochschule oder deren Träger an die Verwertungsgesellschaften gezahlt, die dann diese Vergütungen verteilt und ausschüttet. Besteht ein Lizenzvertrag, so ist die Nutzung in jedem Fall im gesetzlich bestimmten Umfang erlaubt. Grundlage des Entgelts für die Nutzung ist dann der Lizenzvertrag.¹³⁷ Es ist somit unerheblich, ob ein Nutzer beziehungsweise die Einrichtung, für die er tätig ist, mit dem Rechtsinhaber eine Vereinbarung im Bereich gesetzlich erlaubter Nutzungen geschlossen hat, beziehungsweise ob ein Angebot zum Abschluss einer solchen Vereinbarung vorliegt. Der Nutzer des Werks muss weder prüfen, ob ein Lizenzvertrag geschlossen wurde noch ob ein Angebot besteht. Nur wenn er ein Werk über den gesetzlich erlaubten Umfang hinaus verwenden will, benötigt er eine vertragliche Nutzungserlaubnis.¹³⁸

135 Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60g Rn. 2.

136 RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 45.

137 RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 45.

138 RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 45. Setzen beispielsweise vertragliche Vereinbarungen das Nutzungsvolumen des § 60a Abs. 1 UrhG von 15 Prozent auf 5 Prozent eines Werks herab, kann der Rechtsinhaber den Nutzer, der 10 Prozent vervielfältigt, nicht auf Unterlassung in Anspruch nehmen und auch nicht eine vertraglich vereinbarte Vergütung verklagen. Geschuldet ist allein der Verwertungsgesellschaft die gesetzliche Vergütung nach § 60h UrhG (Berger, wie Anm. 1, S. 954). Erweitern vertragliche Vereinbarungen hingegen den Umfang erlaubter Nutzungen beispielsweise auf 50 Prozent eines Werks, ist der Vertrag vollauf wirksam. § 60g Abs. 1 UrhG begründet keine Einwendung gegen eine solche Vereinbarung (Berger, wie Anm. 1, S. 955). *Berger* wirft im Rahmen dessen unter anderem die Frage auf, wie sich eine solche schrankenübersteigende Vereinbarung auf die gesetzlichen und vertraglichen Vergütungsansprüche auswirkt. *Berger* führt diesbezüglich aus, dass zunächst, im Wege der Auslegung (§§ 133, 157 BGB), zu ermitteln ist, was die Parteien gewollt haben. Lassen die Parteien das gesetzlich vorgesehene 15 Prozent-Volumen unberührt und vereinbaren ein zusätzliches Nutzungsvolumen von weiteren 35 Prozent, muss der Nutzer neben der gesetzlichen Vergütung an die Verwertungsgesellschaft (§ 60h UrhG) die vertraglich vereinbarte Vergütung an den Rechtsinhaber leisten. Die Parteien können aber auch ein Gesamtnutzungsvolumen von 50 Prozent vereinbaren. Das wird häufig

2 Ausnahmen des § 60g Abs. 2 UrhG

Die Regelung des § 60g Abs. 2 UrhG enthält Ausnahmen von der Grundregel des § 60g Abs. 1 UrhG. Danach gehen Vereinbarungen, die ausschließlich die Zugänglichmachung an Terminals¹³⁹ nach § 60e Abs. 4 UrhG und § 60f Abs. 1 i.V.m. § 60e Abs. 4 UrhG oder den Kopienversand¹⁴⁰ auf Einzelbestellung nach § 60e Abs. 5 UrhG zum Gegenstand haben, abweichend von § 60g Abs. 1 UrhG der gesetzlichen Erlaubnis vor. Hat eine Bibliothek oder eine privilegierte Einrichtung nach § 60f Abs. 1 UrhG mit einem Rechtsinhaber einen Vertrag abgeschlossen, der ausschließlich die Zugänglichmachung an Terminals nach § 60e Abs. 4 UrhG oder den Kopienversand auf Einzelbestellung nach § 60e Abs. 5 UrhG betrifft, hat dieser nach § 60g Abs. 2 UrhG Vorrang vor der gesetzlichen Erlaubnis.¹⁴¹ Zu zahlen ist in diesem Fall ausschließlich die vereinbarte Lizenzvergütung an den Vertragspartner.¹⁴² So haben beispielsweise die im Subito e.V. vereinigten deutschen und deutschsprachigen Bibliotheken mit einzelnen Verlagen einen Rahmenvertrag zum elektronischen Kopienversand geschlossen.¹⁴³ Dieser Rahmenvertrag bedingt in seinem Anwendungsbereich die Regelung des § 60e Abs. 5 UrhG zwischen den vertragsschließenden Rechtsinhabern und den in Subito zusammengeschlossenen Bibliotheken ab.¹⁴⁴ Liegt jedoch lediglich ein Lizenzangebot des Rechtsinhabers vor, geht dieses der gesetzlichen Erlaubnis allerdings nicht vor. Die Bibliothek oder die nach § 60f Abs. 1 UrhG privilegierte Einrichtung ist somit nicht verpflichtet zu prüfen, ob der Rechtsinhaber eine Vereinbarung für die Terminalnutzung oder den Kopienversand auf Bestellung anbietet.¹⁴⁵

gewollt sein, schon um eine einheitliche Abrechnung und Abwicklung zu ermöglichen. § 60g Abs. 1 UrhG steht einer solchen Abrede nicht entgegen, denn die gesetzlich erlaubten Nutzungen werden nicht beschränkt, sondern vielmehr erweitert. Die Vereinbarung stellt sie nur insgesamt auf einen anderen Rechtstitel (Lizenz statt Gesetz) (Berger, wie Anm. 1, S. 955).

139 Da Voraussetzung der Terminal-Schranke nach Art. 5 Abs. 3 lit. n Infosoc-Richtlinie – 2001/29/EG ist, dass es sich um Werke und sonstige Schutzgegenstände handelt, „für die keine Regelungen über Verkauf und Lizenzen gelten“, ist die Ausnahme des § 60g Abs. 2 UrhG für die Zugänglichmachung an Terminals in Bibliotheken nach § 60e Abs. 4 UrhG zwingend erforderlich.

140 Die Ausnahme für den Kopienversand auf Bestellung nach § 60e Abs. 5 UrhG beruht auf einer Entscheidung des deutschen Gesetzgebers (RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 46).

141 Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60g Rn. 3.

142 RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 46.

143 Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60e Rn. 10 ff.

144 Fromm/Nordemann, wie Anm. 4, § 60g Rn. 3.

145 EuGH, GRUR 2014, 1078 (Rn. 35) – „Elektronische Leseplätze“; RegE-UrhWissG, BT-Drs. 18/12329, 46.

VI Vergütungspflicht nach § 60h UrhG

Für die Nutzung nach §§ 60a–f UrhG ist gemäß § 60h Abs. 1 UrhG eine angemessene Vergütung zu zahlen. Angesichts der von §§ 60a–f UrhG in weiten Bereichen erlaubnisfrei gestellten Nutzungen und des Drei-Stufen-Tests ist die in § 60h UrhG geregelte „angemessene Vergütung“¹⁴⁶ der grundrechtlich gebotene Ausgleich. Dieser gesetzliche Anspruch tritt neben die von § 54 Abs. 1 und § 54c UrhG angeordnete Vergütungspflicht für Vervielfältigungen.¹⁴⁷

Die Vergütung richtet sich nach §§ 54–54c UrhG und erfolgt nach § 60h Abs. 3 UrhG pauschal oder aufgrund einer nutzungsabhängigen Berechnung auf der Grundlage einer repräsentativen Stichprobe. Der Urheber kann auf den Vergütungsanspruch im Voraus nicht verzichten und diesen im Voraus nur an eine Verwertungsgesellschaft abtreten (§ 63a UrhG). Der Anspruch kann nur durch eine Verwertungsgesellschaft geltend gemacht werden (§ 60h Abs. 4 UrhG). Die Vergütung ist nicht Voraussetzung, sondern Folge des Eingreifens der Schrankenregelung. Wird sie nicht gezahlt, kann folglich der Nutzer nur auf Zahlung, nicht jedoch auf Unterlassung der Nutzung in Anspruch genommen werden.¹⁴⁸

Nur wenige Nutzungshandlungen erklärt § 60h Abs. 2 UrhG für vergütungsfrei.¹⁴⁹ So sind Vervielfältigungen zum Zweck der Indexierung, Katalogisierung, Erhaltung und Restaurierung nach § 60h Abs. 2 Nr. 3 UrhG vergütungsfrei. Diese Ausnahmen werden laut der Gesetzesbegründung dadurch gerechtfertigt, dass die Indexierung, Katalogisierung, Erhaltung und Restaurierung eines Werks in der Regel auch im Interesse des Rechtsinhabers geschehen, da nur so die Auffindbarkeit und die dauerhafte Verfügbarkeit in öffentlich zugänglichen Bibliotheken gewährleistet ist.¹⁵⁰

VII Fazit

Im Rahmen der detaillierten Betrachtung der Tatbestände, Erweiterungen und den entsprechenden Bereichsausnahmen der §§ 60a, 60c, 60e UrhG ergaben sich zahlreiche mögliche praktische Probleme und bei deren Anwendung.

¹⁴⁶ Zum Problem der Umsetzung dieser siehe z. B. Schack, wie Anm. 1, S. 807.

¹⁴⁷ de la Durantaye, wie Anm. 1, S. 566; Schack, Haimo: Urheber- und Urhebervertragsrecht. 9. Aufl. München 2019, Rn. 576 f.

¹⁴⁸ Dreyer/Kotthoff/Meckel/Hentsch, wie Anm. 3, § 60a Rn. 20.

¹⁴⁹ § 60h Abs. 2 Nr. 1 UrhG übernimmt den bisherigen § 52 Abs. 1 Satz 3 UrhG.

¹⁵⁰ BT-Drs. 18/12329, S. 42.

Im Ergebnis zeigte sich, dass die neu geschaffenen Schranken für Lehre, Forschung und Bibliotheken (§§ 60a, 60c, 60e UrhG) an vielen Stellen noch bisher ungeklärte Fragen aufwerfen, die bei der praktischen Anwendung zu Problemen führen können. Diese werden die Praxis, die Literatur und die Rechtsprechung wohl noch eine Weile beschäftigen.

Dr. Anja Gräbitz

Ludwig-Maximilians-Universität München

Universitätsbibliothek / Direktion

Geschwister-Scholl-Platz 1

80539 München

Deutschland

E-Mail: anja.graebitz@ub.uni-muenchen.de